

Bürgerrechte und Aktivismus in Trumps Amerika: Der Fall Houston, Texas

in: vorgänge Nr. 221/222 (1-2/2018), S. 159-177

Zahra N. Jamal schildert am Beispiel der Metropole Houston die praktischen Freiheitsbeschränkungen und Diskriminierungen für Migranten, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten sowie für Frauen. Zugleich stellt sie Bemühungen der Lokalpolitik sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen vor, die sich für die Rechte der Betroffenen einsetzen und die schlimmsten Auswirkungen der ausgrenzenden Politiken abzumildern suchen.

Einführung

Wie viele andere texanische Metropolen ist Houston eine blaue, demokratische Insel in einem Meer roter, ländlicher und republikanisch regierter Gebiete, die den Großteil von Texas ausmachen. Die Städte in Texas mit ihrer florierenden Wirtschaft werden durch Einwanderung, Binnenmigration und hohe Geburtenzahlen, sowie einen Zustrom von Millennials und Minderheiten vielfältiger, liberaler und demokratischer.¹ Da im Weißen Haus, im Kongress und in den meisten Gouverneursämtern Republikaner an der Macht sind, versuchen die demokratischen Bürgermeister der großen texanischen Städte über lokale Verordnungen eine liberale Politik zur Regelung des Waffenbesitzes, zum Mindestlohn, zu Transgender-Fragen und zur Migration umzusetzen.²

Houston ist die größte Stadt in Texas und die viertgrößte Stadt in den Vereinigten Staaten. Bedeutende nicht-lateinamerikanische weiße, lateinamerikanische, afroamerikanische und asiatische Bevölkerungsgruppen machen Houston zur vielfältigsten unter den zehn größten Städten der USA, noch vor New York City.³ Die Volkszählung 2010 hat sogar ergeben, dass in Houston keine ethnische Gruppe oder Rasse eine Mehrheit darstellt. Zudem hat Houston einen der robustesten Arbeitsmärkte in den Vereinigten Staaten.⁴ Nicht zu vernachlässigen ist auch die Tatsache, dass drei der zehn größten Städte Amerikas in Texas liegen.

Trotz dieser Diversität sind die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Houston – darunter Migranten, nicht dokumentierte Einwanderer und Flüchtlinge; rassische oder ethnische Minderheiten; religiöse Minderheiten und Angehörige verschiedener sexueller Gruppen (LGBTQ) – häufig Diskriminierungen und Hass ausgesetzt. Vielen fehlt es auch an Informationen und am Zugang zu rechtsstaatlichen Möglichkeiten, zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen Leistungen.⁵ Seit 2016 kommt es in Houston aufgrund verschiedener Faktoren vermehrt zu Hassdelikten:

Anlass	Houston	Texas
Rasse / ethnische Zugehörigkeit	37.5 %	56 %
Religiöse Zugehörigkeit	12.5 %	13 %
Sexuelle Orientierung	25 %	20 %

Geschlechtliche Identität	25 %	7 %
Behinderungen		4 %

Tabelle 1: Anlässe bzw. Gründe für Hasskriminalität in der Stadt Houston bzw. im Bundesstaat Texas im Jahr 2016

Während im Jahr 2016 32% der Straftaten in Texas im öffentlichen Raum stattfanden – auf Straßen, Parkplätzen, in Geschäften und religiösen Einrichtungen – fanden 42.5% der Straftaten beunruhigenderweise in den eigenen vier Wänden statt.⁶ Man hat daraufhin versucht, bestimmte marginalisierte Gruppen durch städtische Verordnungen zu schützen.

Auch wenn die letzten Bürgermeister Houstons eine liberale Politik verfolgten, haben amerikanische Gerichte bereits Ende des 19. Jahrhunderts entschieden, dass die 50 Bundesstaaten ihre Städte durch übergeordnete „preemptive laws“⁷ steuern können. Sie können also ihre Kommunen daran hindern, lokale Gesetze zu solchen Themen zu verabschieden, die bereits in bundesstaatlichen Gesetzen geregelt sind. Das texanische Gesetz über „Sanctuary Cities“ (Städte, in denen illegale Einwanderer geduldet werden und Zugang zu öffentlichen Leistungen erhalten) erlaubt es dem Staat, städtische Beamte zu entlassen, wenn diese sich weigern, die Einwanderungsgesetze des Bundes umzusetzen, selbst wenn eine städtische Verordnung genau das Gegenteil fordert. Die Staaten legen die grundlegenden Regeln und Befugnisse der Stadtverwaltungen fest, auch in Bezug auf die Finanzverwaltung, was die Einnahmemöglichkeiten der Städte verringert. Sie beeinflussen auch das Wirtschaftswachstum der Städte durch Investitionen in „K-12-Schulen“ (durchgängige Schulen vom Kindergarten bis zum Abschluss), Hochschulen und die Arbeitnehmerentwicklung. Außerdem kontrollieren die Staaten den Einsatz von Bundesmitteln für Sozialleistungen, Nahrungsmittelhilfen, Gesundheitsversorgung und Zusatzleistungen für erwerbstätige Arme in den Kommunen. Fortschrittliche Verordnungen in Städten wie Houston können daher nur begrenzte Wirkung entfalten.

Diese großen Spannungen und Widersprüche zwischen dem republikanischen Staat Texas und der überwiegend demokratischen Stadt Houston sind entscheidend für das Verständnis der Bürgerrechtslandschaft in dieser Stadt und ihre Einschränkungen. Dort, wo die Staatsregierung die Stadt Houston einschränkt, ist es meines Erachtens entscheidend, dass die Zivilgesellschaft, d.h. private gemeinnützige Organisationen die Bedürfnisse der Einwohner wahrnehmen und ihnen gerecht werden. Die Vielfalt und Integrationsfähigkeit Houstons wird jeden Tag durch zahllose Bürgerrechtsorganisationen unter Beweis gestellt, die zum Status von Houston als „Welcoming City“ beitragen.⁸ Im Folgenden werden die wichtigsten bürgerrechtlichen Herausforderungen sowie die Antworten der Zivilgesellschaft auf entscheidende Fragen wie Migration sowie auf Identitätszuschreibungen wie Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Religion und sexuelle Orientierung sowie Gesundheit dargestellt.

Migration

Zentrale Themen & Herausforderungen

Die amerikanische Verfassung garantiert rechtsstaatliche Verfahren und gleichen Schutz für alle, unabhängig von ihrem Einwanderungsstatus oder Geburtsort. Dennoch wurde die amerikanische Landschaft im Namen von wirtschaftlicher und nationaler Sicherheit, von Diplomatie und Populismus über Jahrzehnte hinweg von einer harten Einwanderungspolitik geprägt, die sich im letzten Jahr noch einmal besonders zugespitzt hat. Bei den im Ausland geborenen Einwohnern kann man drei Gruppen unterscheiden: Migranten, die sich in den Vereinigten Staaten niederlassen und über ein legales Verfahren die

amerikanische Staatsbürgerschaft beantragen; undokumentierte Migranten, die illegal in die Vereinigten Staaten einwandern, keine Staatsbürgerschaft beantragen dürfen und abgeschoben werden können; sowie Flüchtlinge, die aus ihrer Heimat oder ihrem Gastland fliehen mussten und auf gesetzlichem Weg Asyl beantragen. Die im Ausland geborenen Einwohner erhöhen die sozio-ökonomische Vielfalt in Houston, zahlen jährlich über 3 Milliarden US-Dollar an Steuern auf föderaler, staatlicher und kommunaler Ebene und besitzen eine Kaufkraft von fast 116 Milliarden US-Dollar.⁹

Dennoch wurden die Bürgerrechte von legalen und undokumentierten Migranten beschnitten durch öffentliche und private Diskriminierung, unbefristete und obligatorische Haft, durch Vorfälle bei Immigrations- und Zollbehörden (ICE) sowie bei Grenzpatrouillen, Abschiebungen und das Fehlen ordnungsgemäßer Gerichtsverfahren sowie benachteiligende Migrationsgesetze auf nationaler, einzelstaatlicher und kommunaler Ebene. Einige der größten Einwanderungslager des Landes befinden sich in Texas. Solche Lager sind bekannt für die unmenschliche Behandlung und Misshandlung von Gefangenen. Zudem erfolgt die Behandlung von Migranten durch US-Einwanderungsbehörden häufig gezielt nach rassistischen Gesichtspunkten, mit unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, verfassungswidrigen Durchsuchungen und Inhaftierungen. Die ICE führt Razzien in Migrantengemeinschaften durch und die Beamten der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) sollen undokumentierten Asylsuchenden den Zugang zu Rechtsbeistand und Pflichtanhörungen verweigert haben und sie häufig drängen, einen Antrag auf „freiwillige“ Ausreise zu unterschreiben. Im Oktober 2017 nahm die CBP z. B. die 10 Jahre alte Rosa Maria fest, die an zerebraler Kinderlähmung erkrankt war. Sie wurde aus ihrem Krankenhausbett mitgenommen und der Pflege durch ihre Cousine, die die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, entzogen. Rosa wurde gesetzeswidrig als „unbegleitete Minderjährige“ in Haft genommen.

Mit seiner 1250 Meilen langen Grenze zu Mexiko und mit 60% im Ausland geborenen Einwanderern aus Lateinamerika¹⁰ ist Texas ein Staat, in dem das nationale Einwanderungsrecht voll zum Tragen kommt. In der Senatsvorlage SB 51411 wird die Schaffung einer Grenzpatrouille an der texanischen Grenze vorgeschlagen, um die Anstrengungen des Bundesstaates an dieser Grenze zu verstärken. Sobald undokumentierte Migranten eine texanische Stadt erreichen, verlangt die innerstaatliche Senatsvorlage SB 412, die als „Texas Sanctuary Cities Law“ bekannt ist, dass die Kommunalregierungen und die Vollzugsbehörden mit der ICE zusammenarbeiten, um die bundesstaatliche Einwanderungspolitik durchzusetzen. Lokale Beamte, die sich weigern, werden bestraft. Am 30. August 2017 hat ein Bundesgericht, das „preemptive laws“ blockieren kann, eine Verfügung erlassen, die das Inkrafttreten eines Großteils des SB 4 blockiert.¹³ Somit können lokale Beamte derzeit selbst entscheiden, ob sie die Durchsetzung der Bundeseinwanderungsgesetze unterstützen wollen, und werden für ihre Entscheidung nicht bestraft. In dem Gerichtsbeschluss wurde auch festgestellt, dass lokale Beamte Personen nach ihrem Immigrationsstatus befragen können, dazu aber nicht verpflichtet sind und dass sie niemanden ausdrücklich zu diesem Zweck aufhalten oder festhalten dürfen. Wenn die örtliche Polizei einen undokumentierten Einwanderer erkennt, kann sie den ICE informieren, ist dazu aber nicht verpflichtet. Die Regierung von Texas hat Berufung eingelegt.¹⁴

Zusätzlich zu den Einwanderungsfragen hat nun auch die globale Flüchtlingskrise den Bundesstaat erfasst. Über 40 Jahre lang wurde die Aufnahme von Flüchtlingen in den Vereinigten Staaten, einschließlich Texas, mit parteiübergreifender Unterstützung durchgeführt. 2016 hat sich Gouverneur Greg Abbott ohne Befugnis geweigert, Flüchtlinge in seinem Staat aufzunehmen¹⁵ und hat versucht zu verhindern, dass NGOs die Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen. Das National Immigration Law Center, das Southern Poverty Law Center und die American Civil Liberties Union (ACLU) haben eine juristische Stellungnahme beim International Rescue Committee eingereicht, um Texas davon abzuhalten, syrischen Flüchtlingen an der Staatsgrenze unrechtmäßig die Einreise zu verweigern. Zwei Jahre später hat das Einreiseverbot von Präsident Trump, das 2017 vom US Supreme Court bestätigt wurde¹⁶, Flüchtlingen und Migranten aus bestimmten Ländern vier Monate lang die Einreise verwehrt und die Aufnahme syrischer Flüchtlinge auf unbestimmte Zeit gestoppt.

Reaktionen der Zivilgesellschaft

Öffentlich-private Initiativen setzen sich auf kommunaler Ebene für die Rechte der im Ausland geborenen Einwohner Houston ein – der Stadt, die inoffiziell als die Stadt mit den meisten Migranten und Flüchtlingen in den USA gilt.¹⁷ Die Stadt Houston hat sich mit Bürgerrechtsorganisationen zusammengeschlossen um Migranten, undokumentierten Ausländern und Flüchtlingen Zugang zu Informationen und Leistungen zu ermöglichen, sie zu integrieren und sie mit der „Welcoming Houston Initiative“ als Menschen zu begrüßen, die zur Vielfalt und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt beitragen.¹⁸ Das Rathaus von Houston bietet auch wichtige Informationen und grundlegende städtische Dienstleistungen in den fünf meistgesprochenen Sprachen Houston an: Chinesisch, Vietnamesisch, Französisch, Arabisch und Spanisch. Außerdem wird der Bürgermeister von Houston von einem Beirat für Migration und Flüchtlinge beraten, der ihn dabei unterstützen soll, die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppen zu erkennen und ihnen gerecht zu werden.

Abgesehen von den Beschränkungen durch das Einreiseverbot können Flüchtlinge weiterhin in den Vereinigten Staaten aufgenommen werden. In Texas jedoch, wo der Gouverneur sich weigert, die Eingliederung von Flüchtlingen zu unterstützen, ist die Young Men's Christian Association (YMCA) anstelle der texanischen Regierung eingesprungen, um Flüchtlingshilfen zu ermöglichen. Die YMCA steht in direkter Verbindung mit dem US-Außenministerium, das auf Bundesebene für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist. Wichtig zu erwähnen ist außerdem, dass Flüchtlinge aufgrund ihres rechtlichen Status steuerpflichtig sind und weitaus mehr Steuern zahlen, als die US-Regierung für ihre Neuansiedlung ausgibt.¹⁹

Es gibt viele Organisationen, die Migranten, undokumentierten Ausländern und Flüchtlingen bei ihrer Ankunft und Neuansiedlung in Houston helfen. Das Houston Immigration Legal Services Collaborative ist ein Netzwerk aus 15 Mitgliedern, bestehend aus migrationsrechtlichen NGOs, Geldgebern und juristischen Fakultäten. Das Netzwerk will rechtliche Betreuungskapazitäten für Migranten und undokumentierte Ausländer, die sich keinen privaten Rechtsanwalt leisten können, schaffen und ihnen den Zugang dazu erleichtern.²⁰ Bei der ACLU wurde eine Hotline eingerichtet, um die Zielgruppen über ihre Rechte aufzuklären, sie an qualifizierte Rechtsdienstleister zu vermitteln und Hassdelikte zu dokumentieren.²¹ Das Baker-Ripley Neighbourhood Center und die South Texas College of Law Immigration Clinic unterstützen die Einwohner Houston ebenfalls bei Rechtsfragen.

Flüchtlingsbetreuungsstellen in Houston wie die Interfaith Ministries of Greater Houston, Catholic Charities, YMCA, die Alliance for Multicultural Services in America u. a. unterstützen Flüchtlinge umfassend bei der Wohnungssuche, bei Englischkursen, Gesundheit, Bildung, Arbeitsvermittlung, Sozialdiensten und dem Erwerb des Führerscheins und helfen ihnen so, unabhängig zu werden. Die Amanaah Refugee Services kümmern sich vor allem um weibliche und minderjährige Flüchtlinge. Die Gemeinschaften der Vietnamesen, Afrikaner, Somalier, Bhutaner und Bangladescher haben ebenfalls eigene Organisationen zur Beratung von Migranten und Flüchtlingen bei Rechts-, Bildungs- und sozialen Fragen in Verbindung mit ihrem Status als Migranten oder Flüchtlinge.

La Unidad 11 verteidigt die Bürger- und Menschenrechte aller und insbesondere von Migrantenfamilien, während United We Dream sich v. a. über den Zugang zu Bildung mithilfe des kontroversen Programms „Deferred Action for Childhood Arrivals“ für eine faire Behandlung jugendlicher Migranten und undokumentierter Ausländer und ihrer Familien einsetzt.

Rasse & Ethnische Zugehörigkeit

Zentrale Themen & Herausforderungen

Die Diskriminierung von Farbigen wird erkennbar, wenn man sich die Unterschiede in Bezug auf Wohlstand, Einkommen, Strafjustiz, Wohnung, Bildung und anderer Rechte vergegenwärtigt. Das durchschnittliche Vermögen eines weißen Haushalts ist z. B. 20 Mal so hoch wie das eines schwarzen Haushalts und 18 Mal so hoch wie das eines Latino-Haushalts.²² Trotz der in der US-Verfassung und in der Bürgerrechtsgesetzgebung verankerten Garantie von Gerechtigkeit und Gleichheit sind Rasse und ethnische Zugehörigkeit wie nachfolgend beschrieben immer noch Marker für Ungerechtigkeiten in vielen Bereichen, u. a. im Hinblick auf Massenverhaftungen, die selektive Vollstreckung von Drogengesetzen und der Todesstrafe, Ungleichheiten bei der Bildung und der Bestrafung von Jugendkriminalität, bei Obdachlosigkeit und Wahlrecht.

Die Strafvollzugsreform von Texas wurde überall in den Vereinigten Staaten als Modell für eine einzelstaatliche Strafrechtsreform angepriesen²³, die Kosten senkt, Steuern einspart, die öffentliche Sicherheit erhöht und Gefängnisaufenthalte verringert. Tatsächlich hat der staatliche Gesetzgeber aber entschieden, Geld, das für Gefängniserverweiterungen vorgesehen war, nicht auszugeben, und diese Entscheidung wurde fälschlicherweise mit Kosteneinsparungen und einer Reduzierung der Gefangenenzahl gleichgesetzt. Texas hat die meisten Gefangenen und die vierthöchste Inhaftierungsrate in den Vereinigten Staaten²⁴ – von je 100.000 Erwachsenen sind fast 800 inhaftiert. Die Strafrechtskosten sind der am zweitschnellsten wachsende Posten im Staatshaushalt²⁵, wobei 90 % dieser Ausgaben in die Gefängnisse fließen. Zwischen 1980 und 2004 ist die Zahl der Inhaftierten in Texas um 566 % gestiegen²⁶, während sich im selben Zeitraum die Ausgaben für den Strafvollzug um 1.600 % erhöht haben.²⁷ Seit 2017 gibt der Staat jährlich 3 Millionen US-Dollar²⁸ für Gefängnisaufenthalte aus – fast dreimal so viel²⁹ wie für die Hochschulen.

Das Strafverfolgungssystem in den Vereinigten Staaten und auch in Texas fokussiert sich in unverhältnismäßiger Weise auf Farbige. Die Durchsetzung von Rechtsvorschriften wird je nach Rasse unterschiedlich gehandhabt und Farbige werden ungleich häufiger verurteilt. Obwohl Afroamerikaner in Texas einen Bevölkerungsanteil von 22 % ausmachen, sind 35 % der Gefangenen Afroamerikaner.³⁰ Aktuell sind über 50 % der texanischen Häftlinge und 81 % der Neuzugänge nicht gewalttätige Straftäter, die z. B. wegen Drogenbesitzes inhaftiert wurden. Schwarze waren von Festnahmen auf Grund von Marihuana unverhältnismäßig stark betroffen. Bei Farbigen – Schwarzen und Hispanoamerikanern – wird in Texas zudem drei Mal häufiger die Todesstrafe verhängt als bei Weißen³¹. Hervorzuheben ist außerdem, dass Texas veraltete Parameter³² verwendet hat um festzustellen, ob bei Gefangenen in der Todeszelle eine geistige Behinderung vorliegt. Die staatlichen Gesetzgeber debattieren derzeit, ob und wie sie die staatliche Politik mit dem Urteil des US Supreme Court von 2002 in Einklang bringen können, in dem entschieden wurde, dass Hinrichtungen von geistig Behinderten gegen den Achten Verfassungszusatz verstoßen. Fast 33 % der entlassenen Straftäter werden innerhalb von drei Jahren erneut inhaftiert.

Verschiedene Gesetzesvorschläge bemühen sich hier um eine Wiedergutmachung. Der Gesetzesentwurf HB 8133 sieht vor, den Besitz von bis zu einer Unze Marihuana zu einem Strafmandat zu machen und nicht zu einer Straftat, die automatisch zu einer Festnahme führt. Die Senatsbeschlüsse SJR 1734 und SJR 1835 würden den Konsum von Marihuana in der Freizeit oder aus medizinischen Zwecken legalisieren und regeln. Der Gesetzesentwurf HB 112536 fordert lokale Gerichte auf, Mittellose, die keine Geldstrafen zahlen können, nicht zu inhaftieren, während SB 38037 sicherstellt, dass Strafverfolger Angehörige der organisierten Kriminalität und Drogenhändler mit Beschlagnahmungsgesetzen verfolgen, anstatt die Unterprivilegierten ins Visier zu nehmen. HB 54838 würde sicherstellen, dass diesen Menschen Arbeitsangebote gemacht werden.

Obdachlose sind zum Großteil entlassene Häftlinge, Veteranen, psychisch Kranke und Mittellose und waren 2002 in Houston zu 78 % Farbige.³⁹ In den letzten Jahren hat die Stadt Houston die Obdachlosigkeit durch „compassionate policies“ um 50 %⁴⁰ reduziert. Die Verordnungen der Stadt über das Kampieren im Freien und das Betteln, die die Obdachlosen in die Asyle drängen und dem Betteln mit „harter Liebe“ ein Ende bereiten sollten, beschneiden jedoch die Rechte der Obdachlosen auf illegale Weise. Die Asyle sind nämlich

voll und die Obdachlosen somit gezwungen, in Zelten auf den Straßen zu nächtigen und Geld für Nahrung zu erbetteln.

Zusätzlich zur Diskriminierung von Farbigen im Strafrecht und bei der Obdachlosigkeit gibt es auch eine Diskriminierung bei der Registrierung der Wahlberechtigten und damit verbundenen Rechten. Nachdem bei den Präsidentschaftswahlen 2008 sehr viele Angehörige von Minderheiten teilgenommen hatten, wurden neue Gesetze und Praktiken zur Unterdrückung von Wählern eingeführt, um Wahlberechtigte aus den Kreisen der Afroamerikaner und Latinos, der Mittellosen, Senioren und Behinderten ausschließen. Zu diesen Maßnahmen zählt die Lichtbildausweispflicht, die Verringerung der Tage, an denen eine vorzeitige Stimmabgabe möglich ist, Beschränkungen bei der Registrierung von Wählern durch Dritte, systematische Bereinigung der Listen mit registrierten Wählern, das Anzweifeln der Ortsansässigkeit von studentischen Wählern sowie unbegründete Vorwürfe von Wahlbetrug. 2013 annullierte der US Supreme Court Ziffer 5 des Wahlrechtsgesetzes⁴¹, nach dem bestimmte Bundesstaaten und Bezirke eine Vorabgenehmigung des US-Justizministeriums einholen mussten, bevor sie die Abstimmungsregeln ändern konnten. Dies ebnete Texas den Weg, um hispanoamerikanische und schwarze Wähler zu diskriminieren, indem 2011 eines der strengsten Gesetze über die Ausweispflicht von Wählern in den USA eingeführt wurde. Danach musste man einen staatlichen Führerschein oder Ausweis, eine Lizenz zum verdeckten Tragen einer Handfeuerwaffe, einen Pass der Vereinigten Staaten, einen Militärausweis, eine US-Staatsbürgerschaftsbescheinigung oder einen Wahlidentifikationsnachweis vorlegen, um wählen zu können. Dieses Gesetz wurde von Gerichten auf Bundesebene bemängelt. Daraufhin hat der Gouverneur von Texas, Abbott, im Juni 2017 das Gesetz SB 5 unterzeichnet, das die selben zulässigen Ausweise für die Wahl enthält und Texaner ohne Fotoausweis zur Wahl zulässt, wenn sie alternative Identifikationsnachweise – z. B. Rechnungen von Versorgungsunternehmen, Kontoauszüge oder Gehaltsabrechnungen – vorlegen und eine eidesstattliche Erklärung unterzeichnen, dass sie durch einen „nachvollziehbaren Hinderungsgrund“ davon abgehalten wurden, einen ordnungsgemäßen Ausweis zu beschaffen.⁴²

Ein Bundesrichter hat im August 2017 festgestellt, dass SB 5 eine Wählereinschüchterung darstellt und die Mängel des texanischen Ausweisgesetzes von 2011 nicht adäquat behebt.⁴³ In drei weiteren Fällen haben Bundesgerichte 2017 festgestellt, dass die Wählergesetze in Texas absichtlich diskriminierend sind und dass das Wahlrecht in Texas daher erneut unter föderale Aufsicht gestellt werden könnte.

Darüber hinaus haben Bundesrichter zwei der 36 Wahlbezirke in Texas für ungültig erklärt, da sie die Verfassung der Vereinigten Staaten und das Bundeswahlrechtsgesetz verletzen und gefordert, dass dies durch den staatlichen Gesetzgeber oder ein Bundesgericht noch vor der Wahl im Jahr 2018 behoben werden muss.⁴⁴ Konkret werden im Wahlbezirk 27 Hispanoamerikaner absichtlich davon abgehalten, für den Kandidaten ihrer Wahl zu stimmen, während im Wahlbezirk 35 offensichtlich die Rasse als Hauptfaktor bei der Festlegung der Bezirksgrenzen hergezogen wurde und somit ein Manipulation aufgrund von Rasse vorliegt.

Reaktionen der Zivilgesellschaft

Um diese von Rassismus geprägten Probleme zu lösen, setzt sich eine Vielzahl von Organisationen für die Bürgerrechte von rassistischen oder ethnischen Minderheiten in Houston ein. Black Lives Matter Houston reagiert z. B. auf institutionellen Rassismus, die National Association for the Advancement of Colored People Houston sowie die Urban League fördern Initiativen für soziale Gerechtigkeit und Bürgerrechte und das Texas Organizing Project fördert die Wahlorganisation für einkommensschwache Texaner. Bürgerrechtsgruppen wie das National Voting Rights Project und die ACLU bekämpfen die Unterdrückung von Wählern mithilfe von Lobbyarbeit, Gerichtsverfahren und öffentlicher Aufklärung. Sie fordern außerdem den Kongress auf, Ziffer 5 des Wahlrechtsgesetzes wieder einzusetzen und führen eine große Kampagne zur Wähleraufklärung durch, mit der sie dazu beitragen wollen, dass alle Wähler ihre Rechte kennen. Das Arab American Cultural Center of Houston fördert das Verständnis für das kulturelle Erbe Arabiens. Andere Organisationen setzen sich für asiatische Minderheiten ein, wie z. B. das Chinese Community Center Houston mit seinen Programmen für Bildung, Kultur und Soziales, während Houston 80/20, die Organization of Chinese Americans, die Japanese American Citizens League Houston Chapter

und die Houston Chinese Alliance alle das bürgerschaftliche Engagement von Amerikanern asiatischer Herkunft fördern. Wieder andere kümmern sich um die Bevölkerungsgruppe der Hispanoamerikaner in Houston, wie z. B. die League of United Latin American Citizens, die sich um die wirtschaftliche Lage, die Bildung, das Bürgerengagement, Gesundheit, Wohnungsangelegenheiten und Bürgerrechte der Gemeinschaft kümmert; der Mexican American Legal Defense and Educational Fund, der sich mit Einwanderungsangelegenheiten, Wahlrechtsverstößen, ungleichen Bildungschancen und der Diskriminierung am Arbeitsplatz befasst, und die National Association of Latino Elected and Appointed Officials, die eine umfassende Teilnahme der Hispanoamerikaner am politischen Prozess in Amerika propagiert.

Religion

Zentrale Themen & Herausforderungen

Der erste Zusatzartikel zur US-amerikanischen Verfassung garantiert das Recht auf religiösen Glauben und auf die freie Religionsausübung und dass die Regierung weder Religion noch die Abwesenheit von Religion bevorzugt und keine Religion einer anderen vorzieht. Dennoch ist die religiöse Diskriminierung von Juden und Muslimen, die 2014 2 % bzw. 1 % der Bevölkerung Amerikas und auch Houstons ausmachten, heute in Amerika weit verbreitet⁴⁵. Nach einer Studie des Meinungsforschungsinstituts PEW im Jahr 2014 bezeichnet sich die Hälfte der Bevölkerung Houstons als Protestanten (mit einem Drittel evangelikaler Protestanten), ein Fünftel als Katholiken und ein Fünftel als konfessionslos.⁴⁶

Die Anti-Defamation League (ADL), die wichtigste Organisation zur Aufdeckung und Bekämpfung antisemitischer Vorfälle, hat eine Zunahme solcher Vorfälle in Texas und in den USA insgesamt festgestellt. 2015 hatte sich die Zahl antijüdischer Vorfälle in den USA auf 941 erhöht, was einer Zunahme von 3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.⁴⁷ Dabei gab es 2015 einen Anstieg von 50 %⁴⁸ bei Körperverletzungen und fast 100 %⁴⁹ bei antisemitischen Angriffen an Colleges und Universitäten. Seit Januar 2017 wurden USA-weit 167 Bombendrohungen gegen jüdische Institutionen ausgesprochen⁵⁰, darunter jüdische Gemeindezentren, Schulen und Synagogen.

Ganz ähnlich geht der Council on American-Islamic Relations vor, der antimuslimische Vorfälle aufdeckt und bekämpft. Er berichtet, dass zwischen 2014 und 2016 antimuslimische Hassdelikte um 584 %⁵¹ und antimuslimisch beeinflusste Vorfälle um 65 %⁵² nach oben geschneilt sind. 35 % der Taten erfolgten aufgrund der angenommenen Rasse oder ethnischen Zugehörigkeit einer Person, in 16 % der Fälle war das Tragen eines Kopftuchs Anlass der Straftaten, die Teilnahme an Gemeindeveranstaltungen oder politischen Kundgebungen begründete 11 % der hassmotivierten Vorfälle und Straftaten, während der Name einer Person in 8 % der Fälle und das Gotteshaus einer Person in 6 % der Fälle die Straftat motivierte.⁵³ 30 % dieser Fälle fanden an öffentlichen Orten statt, 15 % in Bundesbehörden (wie z. B. FBI, CBP und ICE) und 13 % am Arbeitsplatz.⁵⁴

Die Zunahme der Hassdelikte gegen Muslime wurde von einem islamfeindlichen Umfeld begünstigt, in dem Präsident Trump behauptete, dass „der Islam uns hasst“⁵⁵ und dass amerikanische Muslime sich nicht eingliederten. Trump hat weiterhin angekündigt, dass er die muslimische Bevölkerung von der Regierung registrieren und ihnen spezielle Ausweise ausstellen lassen will⁵⁶, obwohl unabhängige Berichte den Patriotismus und den gesellschaftlichen Beitrag der amerikanischen Muslime hervorheben.⁵⁷ Seit 2017 beurteilen Republikaner Muslime weniger vorteilhaft als Demokraten (39 % vs. 56 %) und sagen eher als Demokraten, dass der Islam nicht Teil der amerikanischen Mainstream-Gesellschaft ist (68 % versus 37 %), dass zwischen dem Islam und der Demokratie ein natürlicher Konflikt besteht (65 % versus 30 %) und dass muslimischer Extremismus sehr besorgniserregend ist (67 % gegenüber 40 %).⁵⁸ Ganze 84 % aller Amerikaner unterstützen das Einreiseverbot und 49 % unterstützen eine verstärkte Polizeipräsenz in

Reaktionen der Zivilgesellschaft

Verschiedene religiöse Organisationen setzen sich für religiöse Gemeinschaften in und um Houston ein. Die Faith Leaders Coalition of Greater Houston kämpft für die Gewährleistung religiöser Vielfalt, für kulturellen Respekt und das Eintreten für alle religiösen Gemeinden; Interfaith Ministries of Greater Houston verbessert das Verständnis von Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen füreinander durch Essen auf Rädern und Angebote für Flüchtlinge und Catholic Charities of the Archdiocese of Galveston-Houston unterstützt Immigranten und Flüchtlinge, Kinder, Veteranen und Missbrauchsoffer. Die ADL beobachtet solche auch online stattfindenden Vorfälle weiter und hat 2016 eine Task Force on Online Harassment and Journalism ins Leben gerufen, um gegen antijüdische Vorurteile gegenüber Journalisten vorzugehen. Die Organisation schult Lehrer, Schüler und Beamte mithilfe ihres Programms „No Place for Hate“, um solche Vorfälle zukünftig verhindern. Das Jewish Community Center of Houston bietet Programme für jüdische und nichtjüdische Familien in der Region an. Der Council on American-Islamic Relations setzt sich für amerikanische Muslime und den Schutz ihrer Bürgerrechte ein, während die Islamic Society of Greater Houston für Muslime in der Region Krankenhäuser und Schulen zur Verfügung stellt und Hochzeits- und Trauergottesdienste durchführt und IslamInSpanish Latinos und spanischsprachige Bevölkerungsgruppen über den Islam aufklärt. Die örtliche Außenstelle des Bundesjustizministeriums arbeitet mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Region zusammen, um Bevölkerungsgruppen über ihre Rechte aufzuklären, Mittel für die Bekämpfung von Hassdelikten abzurufen, Religionsgemeinschaften in die Lage zu versetzen, ihre Gotteshäuser zu schützen und um die Öffentlichkeit über den Islam, den Hinduismus und den Sikhismus aufzuklären und so hassmotivierte Angriffe auf diese Gruppen zu reduzieren.

Sexuelle Orientierung

Zentrale Themen & Herausforderungen

Die Bürgerrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und queeren (zusammen: LGBTQ) Texanern werden durch die Verfassung garantiert, sind jedoch bedroht. Da LGBTQ-Menschen von vielen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, sehen sich erwachsene und jugendliche LGBTQ-Menschen häufig mit Einschränkungen ihrer Rechtsansprüche und Bürgerrechte im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, Versammlungsfreiheit, den Arbeitsmarkt, die Wohnungssuche und die Bildung konfrontiert.

Obwohl 66 % der Texaner einen gesetzlichen Schutz gegen die Diskriminierung von LGBTQ-Menschen befürworten, ist die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität nach Bundes- und texanischem Recht legal. Dadurch hat die LGBTQ-Community keine rechtliche Handhabe gegen Vermieter, Geschäftsleute, Mediziner oder Arbeitgeber, von denen sie diskriminiert wird. Obwohl der US Supreme Court gleichgeschlechtliche Ehen für legal erklärt hat, wäre es nach dem Gesetzentwurf SB 89 in Texas illegal geworden, Bundesgesetze oder -vorschriften wie die des Supreme Court zur gleichgeschlechtlichen Ehe durchzusetzen, wenn sie die Verfassung des Bundesstaates verletzen würden.⁶⁰ Auch wenn dieses Gesetz nicht in Kraft getreten ist, sind solche Bestrebungen dennoch bedeutsam durch ihre Absicht, die Bürgerrechte zu verletzen und durch ihre wirtschaftlichen Auswirkungen: Die Texas Association of Business argumentiert, dass ein Anti-LGBTQ-Gesetz in Texas aufgrund von Boykotten und der Abwanderung von Geschäften und Großveranstaltungen wie Konzerten und Sportveranstaltungen aus dem Staat 185.000 Arbeitsplätze und bis zu 8,5 Milliarden US-Dollar kosten könnte.⁶¹

2017 haben Gesetzgeber im Senat und im Repräsentantenhaus in Texas 25 Anti-LGBTQ-Gesetzesvorlagen eingereicht, wobei 17 dieser Vorlagen Einzelpersonen und Geschäften erlauben sollten, LGBTQ-Menschen

aus religiösen Gründen nicht zu bedienen. Diese Vorschläge für sogenannte „religious refusal“-Gesetze sind gefährlich, da sie eine Diskriminierung aufgrund von gemischtrassigen und interreligiösen Paarbeziehungen, aufgrund des Familienstands oder anderer Kategorisierungen ermöglichen. SB 651 würde z. B. qualifizierte Fachleute – wie Installateure, Lehrer und Wirtschaftsprüfer – vor Konsequenzen schützen, wenn diese aus religiösen Gründen LGBTQ-Menschen diskriminieren.⁶² Der Gesetzesvorschlag HB 2878 würde es Gesundheitsdienstleistern erlauben, aufgrund von religiösen Überzeugungen LGBTQ-Menschen in Texas die medizinische Versorgung zu verweigern⁶³, während SB 209664 und HB 385665 es Sozialarbeitern, Beratern und Therapeuten erlauben würden, Angehörigen dieser Gemeinschaft eine Behandlung aufgrund psychischer Krankheit oder Drogenabhängigkeit zu verweigern.

Darüber hinaus würden drei Gesetze – SB 52266, HB 181367 und HB 279568 – den Angestellten der Bezirksverwaltungen erlauben, LGBTQ-Paaren in Texas aufgrund religiöser Überzeugung die Heiraterlaubnis zu verweigern. Weiterhin würden die Vorschläge des Repräsentantenhauses 180569 und 385970 zusammen mit den Vorschlägen 89271 und 153672 des Senats Personen in der Kinderfürsorge erlauben, den in ihrer Obhut befindlichen Kindern ihren religiösen Glauben aufzudrängen und LGBTQ-Familien als Pflege- und Adoptiveltern auszuschließen. Ein weiteres Gesetz (HB 428) würde es staatlich finanzierten Studentenorganisationen erlauben, LGBTQ-Studierende aus religiösen Gründen von der Mitgliedschaft auszuschließen.⁷³

Viele der Gesetzesvorschläge enthalten „pre-emption“-Klauseln, die kommunales Recht außer Kraft setzen, welches LGBTQ-Menschen vor Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche und der Vergabe von Sozialwohnungen schützt. Das vorgeschlagene SB 92 würde die texanischen Städte und anderen lokalen Gerichtsbezirke daran hindern, LGBTQ-Menschen bei Einstellungen, bei der Wohnungssuche und der Vergabe von Sozialwohnungen vor Diskriminierungen zu schützen und den Schutz von LGBTQ-Texanern im ganzen Staat faktisch abschaffen.⁷⁴ Der berühmte, auch als „bathroom bill“ bekannte Gesetzesvorschlag SB 6 würde es Transsexuellen verbieten, öffentliche Toiletten, Umkleiden und andere Einrichtungen zu benutzen, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen.⁷⁵

Nicht verabschiedete Gesetze stellen eine zusätzliche Herausforderung für LGBTQ-Jugendliche dar. SB 242 würde von Schulen verlangen, jede persönliche, direkte oder zufällige Erkenntnis über ein Kind gegenüber einem Elternteil zu offenbaren und möglicherweise ein Outing von LGBTQ-Schülern herbeizuführen⁷⁶, selbst wenn diese eine negative Reaktion befürchten. Der texanische Gesetzgeber hat SB 2078 dahingehend geändert, dass für transsexuelle Schüler die Benutzung von Toiletten, Schließfachräumen und Umkleiden, die ihrer (neuen) Geschlechtsidentität entsprechen, in öffentlichen Schulen eingeschränkt würde.⁷⁷

Reaktionen der Zivilgesellschaft

In Texas haben verschiedene Bürgerrechtsorganisationen, 27 der reichsten Fortune 500-Unternehmen, fast 500 Glaubensführer und über 37.000 Bürger Petitionen gegen die vorgeschlagenen Anti-LGBTQ-Gesetze unterzeichnet oder sich dagegen ausgesprochen und die öffentliche Aufklärung sowie rechtliche und unterstützende Kampagnen zur Verabschiedung nicht-diskriminierender Verordnungen in Städten gefördert.⁷⁸

In öffentlichen Einrichtungen setzt man sich in Houston für die Bedürfnisse der LGBTQ-Community ein. Das LGBTQ Advisory Board der Stadt Houston fungiert als Bindeglied zwischen der LGBTQ-Community und dem Bürgermeister und setzt sich für Maßnahmen ein, die die LGBTQ-Community in Houston voranbringen. Im wöchentlichen Radioprogramm „Queer Voices“ werden Neuigkeiten und Probleme, mit denen sich die Queer-Community in Houston konfrontiert sieht, diskutiert. Sowohl PFLAG Houston als auch Human Rights Campaign of Houston schützen und unterstützen die Bürgerrechte der Community, die Transform Houston Coalition kämpft gegen die Diskriminierung der Community und verbessert auch ihren rechtlichen Schutz. Das Gay and Lesbian Switchboard ist eine 24-Stunden-Hotline, die die Einwohner von Texas durch Krisenintervention, bei häuslicher Gewalt und Hassdelikten, mit Ressourcen und in der Drogenhilfe unterstützt. Das Montrose Center stärkt LGBTQ-Überlebende von Hassdelikten und sexuellen Übergriffen durch Bildung, mobile Betreuung und Unterstützung. Zu den Angeboten für jugendliche

LGBTQ-Menschen zählen die HATCH Youth-Organisation, die das Selbstbewusstsein stärkt sowie das Open Gate Homeless Ministry, das einen Ort für junge LGBTQ-Erwachsene zur Verfügung stellt, an dem sie willkommen sind. Out for Education stellt College-Stipendien für LGBTQ-Jugendliche in Houston zur Verfügung.

Organisationen, die Frauen in der Community unterstützen, sind die Lesbian Health Initiative of Houston, Inc., die Barrieren bei der Gesundheitsversorgung für LBT-Frauen und transsexuelle Männer abbaut sowie AssistHers, die lesbische Frauen über Gesundheitsfragen aufklärt, diejenigen vernetzt, die von lebensbedrohlichen Krankheiten betroffen sind, und hilft, Barrieren beim Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialen Leistungen abzubauen. Andere Institutionen kümmern sich um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der LGBTQ-Community, wie z. B. die Greater Houston LGBTQ Chamber of Commerce, die Wirtschaftswachstum und Unternehmertum in der LGBTQ-Community fördert, und die Organisation Out and Equal, die sich in Houston und Umgebung für gleiche Arbeitsplatzbedingungen für LGBTQ-Menschen einsetzt.

Gesundheit und reproduktive Rechte

Zentrale Themen & Herausforderungen

Während der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung immer noch eine Herausforderung in den USA insgesamt darstellt, zielen jüngste Gesetzesinitiativen in Texas darauf ab, Menschen, die mit HIV leben und Frauen, die abtreiben, zu kriminalisieren. Außerdem kümmert man sich in Texas (nicht) um die psychischen und physischen Gesundheitsprobleme, die durch sexuelle und andere Formen der häuslichen Gewalt entstehen.

Texas hat in den USA die zweithöchste Zahl an Menschen, die mit HIV leben. Diejenigen, die am häufigsten inhaftiert werden – Afroamerikaner, Latinos und die in Armut lebenden – sind oft dieselben, die am meisten von einer Kriminalisierung aufgrund von HIV betroffen sind. Obwohl Texas kein HIV-spezifisches Strafrecht hat, wird den Staatsanwälten der Freiraum eingeräumt, HIV als „eine tödlichen Waffe“ anzusehen, selbst in Fällen, in denen der Austausch von Körperflüssigkeit (Speichel) sich noch nie als HIV-Überträger erwiesen hat.⁷⁹ Hinzu kommt, dass die Kriminalisierung von HIV weder ein bestimmtes Verhalten verhindert, noch die Übertragung beendet.

Abtreibung ist ein sicherer medizinischer Eingriff, der durch den Fall Roe v. Wade im Jahr 1973 legalisiert wurde. Fast 50 % aller amerikanischen Frauen haben ungewollte Schwangerschaften und fast 25 % haben bis zu ihrem 45. Lebensjahr eine Abtreibung vorgenommen.⁸⁰ Dennoch unterstützen staatlichen Gesetzgeber Anti-Abtreibungsgesetze. HJR 28 schlägt z. B. vor, Personen oder Organisationen, die freiwillige Abtreibungen durchführen, den Zugang zu staatlichen Mitteln zu verweigern⁸¹, während HB 128 in ähnlicher Weise die Verwendung staatlicher Gelder für Abtreibungen verbieten und damit sowohl Krankenhäuser als auch Patienten schädigen würde.⁸² Der Gesetzentwurf HB 138 kriminalisiert Frauen, die bestimmte sichere Abtreibungsverfahren wählen und würde die Möglichkeiten für einen Abbruch in Texas weiter beschränken.⁸³ Der Gesetzentwurf HB 43 unterstützt Voraussetzungen für Anordnungen über den Verzicht auf Wiederbelebung bei Schwangeren, die Abtreibungen verkomplizieren könnten.⁸⁴ Die Gesetzesvorlagen des Senats 885, 25886 und 41587 würden die sichersten medizinischen Eingriffe untersagen, Abtreibungswillige damit belasten, dass sie ihre Kontaktdaten religiösen Abtreibungsgegnern mitteilen müssten, und diejenigen, die den Transport von gespendetem Gewebe für lebensrettende medizinische Forschung finanzieren, einer schweren Straftat bezichtigen. Diese Gesetzesentwürfe haben dazu geführt, dass seit 2010 fast eine Viertelmillion Texanerinnen versucht haben, ihre Abtreibung selbst durchzuführen.⁸⁸

Reaktionen der Zivilgesellschaft

Eine Vielzahl von Organisationen setzt sich für die Gesundheit der Einwohner Houstons ein. Texans Living with HIV (TLHIV), ein texasweites Netzwerk aus Fürsprechern, arbeitet mit den Betroffenen daran, eigene Themenkataloge aufzustellen, Gesetzgeber zur Rechenschaft zu ziehen, ihre Lebensqualität zu verbessern, ihre Isolation zu beenden und das Stigma, mit dem sie in der breiten Öffentlichkeit konfrontiert sind, zu beseitigen.⁸⁹ Zu den Organisationen, die sich in Houston für die Belange von Frauen im Hinblick auf den Zugang zu Abtreibungskliniken und die Flucht vor häuslicher Gewalt einsetzen, gehört das Houston Area Women's Center und das Tahirih Justice Center. Daya Houston unterstützt Frauen und Familien aus Südasien, die von häuslicher und sexueller Gewalt betroffen sind, während Asians Against Domestic Abuse misshandelten asiatischen Frauen Mittel und Hilfe zur Verfügung stellt. Epiphany Community Health Outreach Services, das Gesundheitsdienstleistungen für alle unterstützt, vernetzt die Einwohner Houstons und stellt ebenso wie Lone Star Legal Aid eine Beratung für Geringverdiener in Texas zur Verfügung, um ihnen Zugang zu medizinischer Versorgung und anderen Leistungen zu ermöglichen. El Centro de Corazón bietet Minderheiten mit wenig Einkommen in Houston medizinische Versorgung an, die HOPE-Klinik bietet den unterversorgten und/oder sprachlich isolierten asiatischen Gemeinschaften Gesundheitsdienstleistungen an und Legacy Community Health füllt Lücken bei der Gesundheitsversorgung. Multicultural Education and Counseling through the Arts unterstützt die gesundheitliche Entwicklung von benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen durch Kulturprogramme.

Schlussfolgerung

Trotz der Herausforderungen durch die texanische Gesetzgebung ist Houston ein Modell für proaktive öffentlich-private Partnerschaften in der Zivilgesellschaft, die gegen Hass vorgehen und die Bürgerrechte in der Stadt verteidigen. Gemäß dem Southern Poverty Law Center stieg die Zahl der „hate groups“ in Amerika im Jahr 2016 auf 917 an, wobei die größte Zunahme mit fast 200 % gegenüber dem Vorjahr bei den anti-muslimischen Gruppen zu verzeichnen war.⁹⁰ Um diesem Trend lokal entgegenzuwirken hat sich die gesamtstädtische Houston Coalition Against Hate formiert. Sie setzt sich gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Rasse, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ein. Die Koalition aus mehreren Bürgerrechtsgruppen will tragfähige Brücken bauen zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen, um dem Hass entgegenzuwirken und ihn an der Wurzel zu packen, indem sie Hassdelikte und Vorurteile bekämpft, auf verfügbare Mittel für betroffene Gemeinschaften hinweist, Defizite bei bestimmten Leistungen feststellt und ausgleicht und eine gemeinsame strategische Kraft hervorbringt, wie sie z. B. bei der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden und dem Justizministerium zum Tragen kommt.

Wie die Mayor's Welcoming Houston Initiative, die Bemühungen der Houston Immigration Legal Services Collaborative, die Houston Coalition Against Hate und die Zusammenarbeit zwischen dem Justizministerium und lokalen Gemeinschaften zeigen, ist Houston bereit, nicht nur die Stadt mit den größten Unterschieden, sondern auch die pluralistischste Stadt in den USA zu sein – d. h. ein Ort, an dem die Bürger Unterschiede als Stärke annehmen und aktiv aus ihrer Vielfältigkeit lernen wollen.

Houstons starke ethnische Medien können noch mehr über die in diesem Artikel genannten Organisationen berichten, um die jeweiligen Minderheiten für diese Themen zu sensibilisieren. Es braucht sicher ein ganzes Dorf, um positive soziale Veränderungen herbeizuführen. Das Dorf Houston – mit seiner robusten und reaktionsstarken Zivilgesellschaft – ist dazu bereit.

Übersetzung aus dem Amerikanischen von Birgit Frank.

ZAHRA NASIRUDDIN JAMAL Jahrgang 1978, Dr. phil., ist Associate Director am Boniuk Institute for Religious Tolerance der Rice University, Houston/Texas; sie arbeitet derzeit an einem Projekt über Voluntarismus und bürgerschaftliches Engagement bei Shia Nizari Ismaili Muslimen, den Anhängern von HH Karim Aga Khan IV. Wichtigste Veröffentlichung: „Charitable Giving among Muslim Americans: Ten Years after 9/11 (2011)“.

Anmerkungen:

1 Meyerson, Harold. „Blue Cities, Red States.“ LA Times. 7 Mar. 2016. www.latimes.com/opinion/oped/la-oe-0307-meyerson-city-state-divisions-20160307-story.html. Accessed 3 Jan. 2018.

2 Graham, David, A. „Red State, Blue City.“ The Atlantic. Mar 2017. www.theatlantic.com/magazine/archive/2017/03/red-state-blue-city/513857. Accessed 3 Jan. 2018.

3 Randy Capps, Michael Fix, and Chiamaka Nwosu, „A Profile of Immigrants in Houston, the Nation’s Most Diverse Metropolitan Area,“ Migration Policy Institute (March 2015), pp. 1, 2, 3, available at www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/HoustonProfile.pdf.

4 Ibid.

5 Randy Capps, Michael Fix, and Chiamaka Nwosu, see note 3.

6 Ibid.

7 Schneider, Andrew. „Red State, Blue Cities?“ Houston Public Media. 11 Jul. 2017. www.houstonpublicmedia.org/articles/news/2017/07/11/220845/red-state-blue-cities-local-control-battles-set-todominant-special-session. Accessed 3 Jan. 2018.

8 „Welcoming Houston Task Force Offers Recommendations on Immigrant Integration.“ 20 Apr. 2017. www.houstonimmigration.org/welcoming-houston-task-force-offers-recommendations-immigrant-integration. Accessed 10 Jan. 2018.

9 „New Americans in Houston“, New American Economy (Aug. 2016), p. 1, available at www.renewoureconomy.org/wp-content/uploads/2016/10/HOUSTON-Factsheet_FINAL_New-Logo.pdf.

10 „Immigrants in US Fact Sheet.“ American Immigration Council. 4 Oct. 2017. www.americanimmigrationcouncil.org/research/immigrants-in-texas. Accessed 3 Jan. 2018.

11 Senate Bill 514. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 17 Jan. 2017, legiscan.com/TX/bill/SB514/2017

12 Senate Bill 4. Texas State Legislature, 85th session, Passed 7 May 2017, legiscan.com/TX/bill/SB4/2017

13 „Federal Judge blocks Texas' tough 'sanctuary cities' law.“ Associated Press. 31 Aug. 2017. www.cnbc.com/2017/08/31/federal-judge-blocks-texas-tough-sanctuary-cities-law.html. Accessed 3 Jan. 2018.

14 Aguilar, Julian. „Texas back in federal court over anti-‘sanctuary cities’ law.“ Texas Tribune. 7 Nov. 2017. www.texastribune.org/2017/11/07/texas-sanctuary-cities-law-federal-court. Accessed 3 Jan. 2018.

15 Ura, Alexa. „Texas Officially Withdraws from Refugee Resettlement Program.“ Texas Tribune. 30 Sep.

2016. www.texastribune.org/2016/09/30/texas-officially-withdraws-refugee-resettlementpr/ Accessed 3 Jan. 2018.
- 16 Liptak, Adam. „Supreme Court Allows Trump Travel Ban to Take Effect.“ NY Times. 4 Dec. 2017. www.nytimes.com/2017/12/04/us/politics/trump-travel-ban-supreme-court.html. Accessed 3 Jan. 2018.
- 17 Kim, E. Tammy. „Immigrants reshape Houston, America’s most diverse metropolis.“ Aljazeera. 27 Aug. 2014. <http://america.aljazeera.com/articles/2014/8/26/immigrants-reshapehoustonamericasmostdiversemetropolis.html>. Accessed 3 Jan. 2018.
- 18 „Welcoming Houston Initiative Launched.“ Houston Immigration. 11 Aug. 2016. www.houstonimmigration.org/welcoming-houston-initiative-launched/. Accessed 3 Jan. 2018.
- 19 „Refugees in the US quickly pay more in taxes than they get in benefits, according to new research.“ Quartz. 15 Jun. 2017. <http://qz.com/1005073/new-research-shows-refugees-in-the-us-pay-more-to-government-than-they-receive/>. Accessed 3 Jan. 2018.
- 20 See www.houstonimmigration.org. Accessed 10 Jan. 2018.
- 21 Ibid.
- 22 Kocchar, Rakesh et al. „Wealth Gaps Rise to Record Highs Between Whites, Blacks, Hispanics.“ Pew Social Trends. 26 Jul. 2011. www.pewsocialtrends.org/2011/07/26/wealth-gaps-rise-to-recordhighs-between-whites-blacks-hispanics. Accessed 10 Jan. 2018.
- 23 Dunklee, Caitlin and Rebecca Larsen. „Setting the Record Straight on Texas „Prison Reform”“ UT News. 10 Aug. 2015, <http://news.utexas.edu/2015/08/10/setting-the-record-straight-on-texas-prison-reform>. Accessed 3 Jan. 2018
- 24 McCullough, Julie. „Dip in Prison Population Continues Trend.“ Texas Tribune. 25 Sep. 2015, www.texastribune.org/2015/09/25/slight-dip-in-texas-prisoner-population-trend. Accessed 3 Jan. 2018
- 25 „State Reforms Reverse Decades of Incarceration Growth.“ Pew Trusts. 21 Mar. 2017, www.pewtrusts.org/en/research-and-analysis/issue-briefs/2017/03/state-reforms-reverse-decades-of-incarceration-growth. Accessed 3 Jan. 2018
- 26 Knack, Francis. „Over-Incarceration- Help Us End This Texas Tradition.“ American Civil Liberties Union. 23 Mar. 2012. www.aclutx.org/en/news/over-incarceration-help-us-end-texas-tradition. Accessed 3 Jan. 2018
- 27 Ibid.
- 28 Silver, Jonathan. „Texas Prisons Ponder Cutting \$250 Million.“ Texas Tribune. 3 Aug. 2016. www.texastribune.org/2016/08/03/prisons-agency-could-see-250-million-budget-cuts. Accessed 3 Jan. 2018
- 29 Essig, Chris, et. al. „Here's what's at stake for Texas universities in Legislature's budget fight.“ Te-xas Tribune. 9 May 2017. www.texastribune.org/2017/05/09/see-how-much-each-universitywould-receive-house-senate-budget-proposa/ Accessed 3 Jan. 2018
- 30 factfinder.census.gov
- 31 „Death Row Information.“ Texas Dept. of Criminal Justice. 15 Dec. 2017. www.tdcj.state.tx.us/death_row/dr_gender_racial_stats.html. Accessed 3 Jan.

- 32 McCullough, Jolie. „Prosecutor asks for current medical standards in death penalty evaluations.“ Texas Tribune. 3 Nov. 2017. www.texastribune.org/2017/11/03/death-penalty-bobby-moore-kimogg/. Accessed 3 Jan. 2018
- 33 House Bill 81. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 14 Nov. 2016. <http://legiscan.com/TX/bill/HB81/2017>
- 34 Senate Joint Resolution 17. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 14 Nov. 2016. <http://legiscan.com/TX/bill/SJR17/2017>
- 35 Senate Joint Resolution 18. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 14 Nov. 2016. <http://legiscan.com/TX/bill/SJR18/2017>
- 36 House Bill 1125. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 18 Jan. 2017. <http://legiscan.com/TX/bill/HB1125/2017>
- 37 Senate Bill 380. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 20 Dec. 2016. <http://legiscan.com/TX/bill/SB380/2017>
- 38 House Bill 548. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 8 Dec. 2016. <http://legiscan.com/TX/bill/HB548/2017>
- 39 Troisi, Catherine, et. al. „Perceived Needs of Homeless Persons inHouston/Harris County, 2012.“ Homeless Houston. 2012. www.homelesshouston.org/wp-content/uploads/2012/12/2012NeedsAssessmentReport-Aug23.pdf. Accessed 3 Jan. 2018.
- 40 „ACLU of Texas Files Suit on Behalf of Homeless Houstonians.“ American Civil Liberties Union. 16 May 2017. www.aclu.org/news/aclu-texas-files-suit-behalf-homeless-houstonians. Accessed 3 Jan. 2018
- 41 „About Section 5 of the Voting Rights Act.“ Dept. of Justice. 4 Dec. 2017, www.justice.gov/crt/about-section-5-voting-rights-act. Accessed 3 Jan. 2018
- 42 Malewitz, Jim. „Texas House backs voter ID overhaul, with changes.“ Texas Tribune. 23 May 2017. www.texastribune.org/2017/05/23/texas-house-backs-voter-id-overhaul-changes. Accessed 3 Jan. 2018
- 43 Malewitz, Jim. „Federal judge tosses new Texas voter ID law; state plans to appeal.“ Texas Tribune. 23 Aug 2017. www.texastribune.org/2017/08/23/federal-judge-tosses-new-texas-voter-id-law/ Accessed 3 Jan. 2018
- 44 Ura, Alexa and Jim Malewitz. „Federal court invalidates part of Texas congressional map.“ Texas Tribune. 15 Aug. 2017. www.texastribune.org/2017/08/15/federal-court-invalidates-part-texascongressional-map. Accessed 3 Jan. 2018
- 45 Ibid.
- 46 „Adults in the Houston metro area.“ Pew Forum. N.D. www.pewforum.org/religious-landscape-study/metro-area/houston-metro-area/#social-and-political-views. Accessed 3 Jan. 2018
- 47 „ADL Audit: Anti-Semitic Assaults Rise Dramatically Across the Country in 2015.“ Anti-Defamation League. 22 Jun. 2016. www.adl.org/news/press-releases/adl-audit-anti-semitic-assaults-risedramatically-across-the-country-in-2015. Accessed 3 Jan. 2018

48 Ibid.

49 Ibid.

50 „6th Wave of Bomb Threats Targeting the Jewish Community.“ Anti-Defamation League. N.D. www.adl.org/news/article/6th-wave-of-bomb-threats-targeting-the-jewish-community5. Accessed 3 Jan. 2018

51 „The Empowerment of Hate: Civil Rights Report 2017.“ Council for American-Islamic Relations. 2017. pp. 6. <http://islamophobia.org/images/2017CivilRightsReport/2017-Empowerment-of-Fear-Final.pdf>. Accessed 3 Jan. 2018

52 Ibid.

53 „The Empowerment of Hate: Civil Rights Report 2017.“ Council for American-Islamic Relations. 2017. pp. 8. <http://islamophobia.org/images/2017CivilRightsReport/2017-Empowerment-of-Fear-Final.pdf>. Accessed 3 Jan. 2018

54 Ibid.

55 DelReal, Jose A. „Trump: ‘I Think Islam Hates Us’.“ The Washington Post. March 9, 2016. www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2016/03/09/trump-i-think-islam-hates-us/?utm_term=.35e497cba996.

56 Matharu, Hardeep. „Doctors, Veterans and Students Tweet Donald Trump Photos of Their ‘Muslim IDs’ Following His Calls for a Database.“ The Independent. November 24, 2016. www.independent.co.uk/news/world/americas/doctors-veterans-and-students-tweet-donaldtrump-photos-of-their-muslim-ids-following-his-call-for-a6746236.html.

57 Jacobson, Louis. „Trump Wrong ‘There’s No Real Assimilation’ by US Muslims.“ Politifact. June 18, 2016. www.politifact.com/nbc/statements/2016/jun/18/donald-trump/donald-trump-wrong-theres-no-real-assimilation-us-/.

58 Michael Lipka „Muslims and Islam: Key findings in the U.S. and around the world“ www.pewresearch.org/fact-tank/2017/08/09/muslims-and-islam-key-findings-in-the-u-s-and-around-the-world. 9 Aug. 2017.

59 „The Empowerment of Hate: Civil Rights Report 2017.“ Council for American-Islamic Relations. 2017. pp. 15. <http://islamophobia.org/images/2017CivilRightsReport/2017-Empowerment-of-Fear-Final.pdf>. Accessed 3 Jan. 2018

60 Senate Bill 89. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 14 Nov. 2016, <http://legiscan.com/TX/bill/SB89/2017>

61 Ura, Alexa. „Businesses say anti-LGBT bills could cost Texas billions.“ Texas Tribune. 6 Dec. 2016. www.texastribune.org/2016/12/06/texas-businesses-say-bathroom-bill-could-cost-texa/. Accessed 10 Jan. 2018.

62 Senate Bill 651. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 27 Jan. 2017. <http://legiscan.com/TX/bill/SB651/2017>

63 House Bill 2878. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 3 Mar. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB2878/2017>

64 Senate Bill 2096. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 10 Mar. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/SB2096/2017>

65 House Bill 3856. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 10 Mar. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB3856/2017>

66 Senate Bill 522. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 12 Apr. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/SB522/2017>

67 House Bill 1813. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 13 Feb. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB1813/2017>

68 House Bill 2795. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 3 Mar. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB2795/2017>

69 House Bill 1805. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 13 Feb. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB1805/2017>

70 House Bill 3859. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 15 Jun. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB3859/2017>

71 Senate Bill 892. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 14 Feb. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/SB892/2017>

72 Senate Bill 1536. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 8 Mar. 2017.

<http://legiscan.com/TX/bill/SB1536/2017>

73 House Bill 428. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 21 Nov. 2016.

<http://legiscan.com/TX/bill/HB428/2017>

74 Senate Bill 92. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 14 Nov. 2016.

<http://legiscan.com/TX/bill/SB92/2017>

75 Senate Bill 6. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 15 Mar. 2017,

<http://legiscan.com/TX/bill/SB6/2017>

76 Senate Bill 242. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 17 Nov. 2016,

<http://legiscan.com/TX/bill/SB242/2017>

77 Senate Bill 2078. Texas State Legislature, 85th session, Introduced 10 May 2017,

<http://legiscan.com/TX/bill/SB2078/2017>

78 „LGBTQ Coalition Speaks Out Against Anti-Transgender Bills on Day of Testimony in Senate Committee.“ American Civil Liberties Union. 21 Jul. 2017. www.aclutx.org/en/press-releases/LGBTQ-coalition-speaks-out-against-anti-transgender-bills-day-testimony-senate. Accessed 3 Jan. 2018.

79 Alfred, Chip. „Reforming HIV laws in Texas.“ AU Magazine. 21 Sep. 2017.

<http://aumag.org/2017/09/21/reforming-hiv-laws-in-texas>. Accessed 3 Jan. 2018.

80 www.gutmacher.org/fact-sheet/induced-abortion-united-states

81 House Joint Resolution 28. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 13 Jul. 2017, www.capitol.state.tx.us/BillLookup/History.aspx?LegSess=851&Bill=HJR0028

82 House Bill 128. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 12 Jul. 2017, www.capitol.state.tx.us/BillLookup/History.aspx?LegSess=851&Bill=HB00128

83 House Bill 138. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 13 Jul. 2017, www.capitol.state.tx.us/BillLookup/History.aspx?LegSess=851&Bill=HB00138

84 House Bill 43. Texas State Legislature, 85(1) session, Introduced 10 Jul. 2017, www.capitol.state.tx.us/BillLookup/History.aspx?LegSess=851&Bill=HB00043

85 Senate Bill 8. Texas State Legislature, 85th session, Passed 6 Jun. 2017, <https://legiscan.com/TX/bill/SB8/2017>

86 Senate Bill 258. Texas State Legislature, 85th session, Engrossed 30 Mar. 2017, <https://legiscan.com/TX/bill/SB258/2017>

87 Senate Bill 415. Texas State Legislature, 85th session, Engrossed 20 Mar. 2017, <https://legiscan.com/TX/bill/SB415/2017>

88 Khazan, Olga. „Texas Women Are Inducing Their Own Abortions.“ The Atlantic. 17 Nov. 2015, www.theatlantic.com/health/archive/2015/11/texas-self-abort/416229. Accessed 3 Jan. 2018

89 Alfred, Chip. „Reforming HIV Laws in Texas.“ AU Magazine. 21 Sep. 2017. <http://aumag.org/2017/09/21/reforming-hiv-laws-in-texas>. Accessed 3 Jan. 2018.

90 „Hate groups increase for second consecutive year as Trump electrifies radical right.“ Southern Poverty Law Center. 15 Feb. 2017. www.splcenter.org/news/2017/02/15/hate-groups-increase-second-consecutive-year-trump-electrifies-radical-right. Accessed 3 Jan. 2018.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/221-222/publikation/buergerrechte-und-aktivismus-in-trumps-amerika-der-fall-houston-texas/>

Abgerufen am: 20.04.2026